

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 12/48. Jahrgang

Dezember 2017

Schutzgebühr: 0,40 €

## Bitzenstraße: Lehrstück kapitalistischer Kommunalpolitik

444.000 Euro sollen die 70 Anwohner der Bitzenstraße im Stadtteil Lützelinden selbst bezahlen, wenn endlich die seit Jahren marode Straße saniert wird. Das hat das Stadtparlament in seiner letzten Sitzung so beschlossen. Grundlage ist das Straßenbeitrags-Gesetz, das „insgesamt gerecht ist“ (Stadtrat Neidel), und CDU-Chef Möller sekundierte: „Der Magistrat ist verpflichtet, sich an geltende Gesetze zu halten.“

Als beschwichtigendes Trostpflaster wird dann von Möglichkeiten der Ratenzahlung und Härtefallklauseln geschwätzt, und überhaupt sei das Geld erst 2022 fällig, also genügend Zeit, um sich darauf vorzubereiten. Mit an-

deren Worten: Wem das schwer fällt, braucht z.B. nur ein paar Jahre auf Urlaubsreisen verzichten.

Was hat es nun mit diesem „Gesetz“ auf sich? Es wurde vor 15 Jahren vom damaligen Stadtparlament beschlossen, ist also eindeutig hausgemacht



### Inhalt:

SPD und Bundesregierung	S.2
Alte Post/Busverkehr in Gefahr	S.3
Gegen Outlet-Center/Klage Jobcenter	S.4
Uniklinik/Hartz IV im Supermarkt	S.5
Berechnende Falschrechnungen	S.6
Welt verurteilt Kuba-Blockade/Leserbrief	S.7
Wider Koch-Ehrung!/DKP-Konferenz	S.8

zum alleinigen Zweck, uns das Geld aus der Tasche zu ziehen. So wäscht

man sich heute die Hände in Unschuld; man hält sich doch nur an geltendes Recht. Das ist ein Parade-Beispiel für selbst gemachte „Sachzwänge“, die dafür herhalten müssen, dass wir auch noch die Aufgaben der Stadt finanzieren sollen, für die wir – nicht zu knapp - Steuern bezahlen.

Dass Gießen wie die meisten Städte und Gemeinden überschuldet ist, ist klar.

(Fortsetzung Seite 2)

## Weg mit den §§ 218/219! Freispruch für Kristina Hänel!



Mehr als 300 Menschen demonstrieren am 24. November vor dem Landgericht während des Prozesses gegen Kristina Hänel, die wegen "Werbung für Schwangerschaftsabbruch" (§ 219) angeklagt war. Mehr als 115.000 haben bereits eine entsprechende Solidaritätserklärung unterzeichnet. Das Schandurteil: 6000 Euro Geldstrafe. Natürlich wird Revision eingelegt. Neben zahlreichen Redebeiträgen sprach auch Neithard Dahlen (Foto) vom Auschwitz-Komitee (s. Kasten S. 3).

**Für Frieden und Sozialismus!**

**DKP**

# Die Verantwortungspartei: SPD und Bundesregierung

Angela Merkel spricht: Die SPD sei eine große, stolze Partei, und sie möge doch auch jetzt, wie immer in der Vergangenheit, sich ihrer staatspolitischen Verantwortung nicht entziehen. Die Freundlichkeit ist entweder versteckter oder unbewusster Hohn. Durchtrieben ist die Bemerkung über die große Partei, die gerade ein bisschen kleiner geworden ist. Mit dem Hinweis auf die staatspolitische Verantwortung will die Kanzlerin die SPD in eine große Koalition locken.

Dabei übergeht sie, dass die große, stolze Partei immer staatspolitisch verantwortlich handelt, egal ob in der Opposition, als Gefolgschaft eines sozialdemokratischen oder als Juniorpartnerin eines christdemokratischen Kanzlers (oder einer Kanzlerin). Nie muss sie sich für staatspolitische Verantwortung entscheiden, sondern sie ist mit ihr identisch. Wäre ihr Deutschland nicht so heilig, dann könnte sie den Buchstaben D in ihrem Kürzel durch ein V ersetzen: Staats-Politische Verantwortungspartei.

Bekanntlich gilt das schon seit dem 4. August 1914, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Kaiser Wilhelm die Kriegskredite bewil-

ligte und dies damit begründete, sie lasse das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich.

Im gleichen Sinn handelten Ebert, Noske und Scheidemann 1918/1919. Sebastian Haffner irrte, als er 1969 behauptete, sie hätten damals die



Revolution verraten. Das Gegenteil war der Fall. Die Mehrheitssozialdemokratie hat damals tatsächlich eine Revolution gemacht, nämlich eine rechtssozialdemokratisch-bürgerliche. Die ist aber immer die Todfeindin einer kommunistischen oder auch nur einer gründlich radikaldemokratischen

Revolution.

Als Friedrich Ebert dem Prinzen Max von Baden versicherte, er hasse die Revolution wie die Sünde, meinte er Spartakus. Er war staatspolitisch verantwortlich.

Dies galt auch bis 1933: Ob die SPD den Kanzler (bzw. zunächst den Reichsministerpräsidenten) stellte, sich von Stresemann 1923 in eine große Koalition einfügen ließ, 1928–1930 selbst eine solche führte oder – die meiste Zeit – bürgerliche Minderheitsregierungen (bzw. 1930–1932 die Präsidialdiktatur Brüning) tolerierte: Immer war die staatspolitische Verantwortung ihre Parteiräson.

Seit 1945 wiederholte sich das bis heute. Die SPD kann gar nicht anders. Geht sie, wie von Schulz am 24. September 2017 angekündigt, in die Opposition, handelt sie staatspolitisch verantwortlich, denn sie verhindert damit vielleicht, dass sie pulverisiert wird und dem Staat nicht mehr zur Verfügung steht.

Das gleiche gilt, wenn sie eine Minderheitsregierung toleriert. Eintritt in eine Große Koalition ist also nur eine von drei Arten, sich staatspolitisch verantwortlich zu verhalten.

Wäre die SPD noch größer und stolzer, als sie ist, müsste sie der Kanzlerin sagen, diese wisse offenbar nicht, mit wem sie es zu tun habe.

Georg Fülberth

(aus: junge Welt vom 25.11.2017)

(Fortsetzung von Seite 1)

## Bitzenstraße

Aber warum ist das so? Weil Bund und Länder nicht die notwendigen (und verfassungsmäßig vorgeschriebenen) Gelder zu Verfügung stellen. Das nehmen die Magistrats-Parteien geduldig hin, statt darauf zu bestehen, dass ihre Parteifreunde in Berlin und Wiesbaden für mehr Einnahmen sorgen: Erhebung einer Vermögenssteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes, Einführung einer Börsenumsatzsteuer...

Aber das ist für die Parteien des Kapitals undenkbar, sie sind – ob sie in Berlin oder in Gießen sitzen – den Interessen der Konzerne verpflichtet und nicht dem Wohl ihrer Wähler.

Übrigens: 37 der 426 hessischen Städte und Gemeinden haben sich bisher erfolgreich geweigert, Straßenbeiträge zu erheben (Stand Nov. 2016), darunter große Städte wie Frankfurt und Wiesbaden, obwohl der Druck der Landesregierung groß ist. Hieß es früher, sie KÖNNEN solche Gebühren kassieren, wurde daraus: SOLLEN.

Das Beispiel Bitzenstraße ist jedoch so krass, dass man jetzt darüber nachdenkt, aus den einmaligen Straßenbeiträgen „wiederkehrende“ zu machen. Dabei werden dann größere Gebiete zusammen veranschlagt, damit es für den einzelnen nicht so maßlos teuer wird. An der grundsätzlichen Schweinerei ändert das aber gar nichts.

Erika Beltz





# Heilige Kuh Privateigentum

Glauht man den Verlautbarungen des Magistrats zur Erhaltung der Alten Post, dann wird jetzt das ganz große Besteck rausgeholt, dann „sind wir ungemütlich geworden“ (Metz vom Rechtsamt), dann sind die Zeiten „des Redens vorbei“ (OB Grabe-Bolz).



Um was geht es? Shobeiris wurden aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zur Sicherung des Bestands durchzuführen.

Andernfalls werden diese von der Stadt angeordnet und den Eigentümern in Rechnung gestellt. Das alles dauert natürlich und zielt darauf ab, weiteren Verfall zu verhindern – eine Sanierung ist damit erst mal nicht verbunden. Eine – nach dem Denkmalschutzgesetz mögliche – Enteignung wird abgelehnt: So etwas habe es in ganz Deutschland noch nie gegeben (Metz).

Soll das ein ausreichender Grund sein?

Eine Familie, die nun als Wiederholungstäter zum zweiten Mal ein Denkmal von herausragender Bedeutung jahrzehntelang verrotten lässt, dürfte es allerdings auch in ganz Deutschland nicht noch einmal geben.

In einem bis wenigen Jahren wird die Alte Post nicht mehr zu retten sein.

Shobeiris schweigen, ein möglicher jahrelanger Rechtsstreit wird das „Problem“ auf seine Art lösen – wie im Fall des denkmalgeschützten Gebäudes Samen-Hahn, dessen Abriss Shobeiri durch Nichtstun erzwungen hatte.

Die BI "Rettet die Alte Post" bleibt aktiv. Auf der letzten Sitzung des Stadtparlaments hat sie die ersten 1600 Unterschriften an OB Grabe-Bolz übergeben und war auch mit einer Demo vor dem Rathaus und im Sitzungssaal (Foto) sichtbar.

Die gezeigten Parolen „Immobilien-spekulation stoppen“ und „Haut den Spekulanten auf die fetten Pranken“ zeigten die Richtung an, wie auch die Feststellung: „Mir schmeckt das Bier nicht mehr, Herr Shobeiri“ (im Alt Gießen in der Westanlage).

Michael Beltz

# Gießens Busverkehr in Gefahr

Der Betrieb des öffentlichen Busverkehrs durch die Stadtwerke bzw. deren Tochterunternehmen MitBus ist keineswegs gesichert. Er beruht nur auf einer vorläufigen Lizenz durch das Regierungspräsidium. Ein Konsortium aus drei privaten Busbetrieben will den Verkehr „eigenwirtschaftlich“, d.h. ohne öffentlichen Zuschuss, übernehmen. Vor dem Kasseler Verwaltungsgericht klagen sie gegen die Lizenz für die Stadtwerke. In anderen Städten hat sich ein eigenwirtschaftlicher Privatbetrieb der Busnetze verheerend ausgewirkt, denn die Städte haben dann kaum noch Einfluss auf Fahrpläne, Linien und Tarife. Folgen sind Fahrer ohne Orts-, Sprach- und Tarifkenntnisse, Busse mit schlechten Abgaswerten und die Beschränkung auf Linien und Verkehrszeiten, die sich für die Betreiber lohnen.

Der Betriebsrat der Stadtwerke hat sich deshalb mit einer Petition an den Hessischen Landtag gewandt, um die Vergaberichtlinien zu ändern – die Städte sollen selbst entscheiden können, ob sie ihr Busnetz an Eigenbetriebe vergeben.

Es wäre doch ein Wahnsinn, wenn die Stadtwerke ihre Busse verkaufen und ihre 120 Fahrer entlassen müssten, um den profitorientierten Privaten Platz zu machen. Die Beschäftigten der Stadtwerke verdienen Unterstützung für diese Petition.

Gernot Linhart

## Schaffen Sie den Naziparagrafen ab!

Frauen in Gewissensnot brauchen unser Mitgefühl und dürfen nicht diskriminiert und kriminalisiert werden. Es ist makaber und verlogen sich selbst als „Lebensschützer“ aufzuspielen und den Frauen jegliche Empathie zu verweigern. Wer auf seiner Webseite „Babycaust“ mit bigotter Prüderie die Helfer dieser Frauen, die Ärzte und Ärztinnen als Massenmörder anprangert, der stellt die Moral auf den Kopf. Und wer den Schwangerschaftsabbruch mit den Toten von Auschwitz gleichsetzt, handelt zynisch und verhöhnt das Leid der Opfer. Nie, - nie, - niemals dürfen die Toten von Auschwitz und der anderen Nazi-Vernichtungslager von Treblinka, Majdanek, Sobibor, Kulmhof, Belzek, Mali Trostinez und Jasenovav instrumentalisiert werden und schon gar nicht, um einem gesellschaftlichen Rückschritt öffentliches Interesse zu verschaffen. So werden die Opfer wieder zu Opfern. Darum fordere ich Sie auf, Herr Staatsanwalt, ziehen Sie die Anklage zurück; Herr Richter, stellen Sie das Verfahren ein; Herr Justizminister, schaffen Sie den Naziparagrafen ab und stellen Sie die Moral wieder auf die Füße! ...

Neithard Dahlen, Lagergemeinschaft Auschwitz – Freundeskreis der Auschwitzer e.V. Butzbach



# Widerstand gegen das Outlet-Center Pohlheim–Garbenteich

Nachdem die Investoren endlich die Öffentlichkeit über ihre Planungen informiert haben, wächst der Widerstand gegen das an der A5 geplante Center. Vor allem die Gießener Politik spricht von einem Angriff auf den Gießener Einzelhandel. Denn der Standort Gießen wäre durch die Ansiedlung eines Outlet-Centers stark gefährdet, so Einzelhandel und Politik.

Doch was sollen im Vorfeld einer jahrelangen Diskussion und wahrscheinlicher gerichtlichen Entscheidungen diese Krokodils-Tränen aus Gießen? Denn bisher wurde gerade in Gießen in Sachen Handelsflächen keine Rücksicht auf Nachbargemeinden genommen. Und auch die zur

Hälfte leerstehende Galerie Neustädter Tor wurde ja gegen den Widerstand von Bürgern und Einzelhandel gebaut.

Tatsächlich gibt es in Gießen (und Umgebung!) schon zu viel Einzelhandelsflächen. Auf der einen Seite Überversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs und auf der anderen Seite ganze Ortschaften bzw. Stadtteile ohne Lebensmittelgeschäfte, Bäcker und Metzger. Und die Dorfkneipe hat auch schon längst das letzte Bier verkauft...

Die Entscheidungen über großflächige Ansiedlungen von Handelsflächen werden in der Regionalversammlung getroffen. Ich gehe davon aus, dass die Stadt Gießen mit allen, also auch

juristischen Mitteln, versucht wird, die Ansiedlung in Garbenteich zu verhindern.

In Garbenteich gibt es mittlerweile eine aktive BI, die zu Recht auf erhebliche ökologische Langzeitfolgen hinweist. Versiegelung von Naturflächen und erhebliche Zunahme des Verkehrs sind nur einige der Auswirkungen. Doch sollte auch darüber nachgedacht werden, dass Investoren eigentlich kein Geld umsonst ausgeben. Nächstes Jahr sind Landtagswahlen, und Änderungen bestimmter Regularien sind mit einer CDU/FDP Mehrheit immer möglich! Deshalb ist Widerstand gegen das Outlet-Center angesagt!

Helmut Appel



## Klage gegen Jobcenter Gießen beim Generalstaatsanwalt

Dass das Jobcenter einem Hartz-IV-Bezieher komplett den Heizkostenzuschuss gestrichen und daraufhin eine Klage wegen Betrugs erhalten hatte, berichteten wir im November. Wie zu erwarten war, hat die Staatsanwaltschaft die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens abgelehnt.

Nicht zu erwarten war dessen fadenscheinige Begründung: Hierfür sei das Sozialgericht zuständig.

Im Strafgesetzbuch steht: Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten<sup>1)</sup> einen rechtswidrigen<sup>2)</sup> Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen<sup>3)</sup> dadurch beschädigt,

dass er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. – Der Versuch ist strafbar.

- 1) Das ist das Jobcenter
- 2) Das Jobcenter ist verpflichtet, die Heizkosten zu übernehmen
- 3) Das ist der Hartz-IV-Bezieher

Nun sind Hartz-IV-Bezieher zwar arm, aber nicht dumm. Dass er seine rechtlichen Ansprüche und ihm widerrechtlich vorenthaltene Bezüge beim Sozi-

algericht einklagen kann, weiß der Betroffene nicht nur, er hat es erfolgreich schon oft praktiziert – und wird es auch in diesem Fall tun.

Er hat außerdem gegen die Ablehnung seiner Klage Widerspruch beim Generalstaatsanwalt eingelegt in der Hoffnung, dass unser „Rechtsstaat“ einen derartigen wissentlich erfolgten Zugriff auf seine ohnehin zu niedrigen Bezüge als das ahnden wird, was es für ihn ist: eine kriminelle Handlung. Aber wie stellte schon Karl Marx fest? Das herrschende Recht ist das Recht der Herrschenden.

Erika Beltz



# Uni-Klinikum - weiter für mehr Personal!

Zweimal hat im September das Personal des Uniklinikums Gießen-Marburg (UKGM) gestreikt. Zweimal sind die Beschäftigten, unterstützt von vielen Sympathisanten, in eindrucksvollen Demonstrationen zuerst durch Marburg und dann durch Gießen gezogen.

„Nur mehr Personal kann uns stoppen“ stand auf einem der Transparente. Leider hat sie aber schon ein unverbindliches Verhandlungsangebot der vom Rhön-Konzern einge-



setzten Geschäftsleitung gestoppt. Seitdem wird hinter verschlossenen Türen verhandelt, ein konkretes Angebot wurde nicht bekannt.

Bei Teilen des Personals führt das zur Verwirrung. In Gießener Tageszeitungen wurden schon Leserbriefe von betroffenen Beschäftigten veröffentlicht, in denen der Eindruck erweckt wurde, nicht das Gewinnstreben der Rhön AG, sondern die Verhandlungsbereitschaft der Gewerkschaft ver.di sei an der schlechten

Personalsituation schuld. In vielen Kliniken Deutschlands gehen die Streiks für mehr Personal weiter, leider wurde die bundesweite Streikbewegung durch das Ausscheren des UKGM geschwächt.

Dabei ist die Situation hier besonders schlimm. Das Personal muss nicht nur Mehrarbeit leisten, um Investitionen, Tilgungen und Zinsen zu erwirtschaften, der Rhön-Vorstand erwartet auch noch hohe Gewinne.

Patienten und Personal sind ihm dabei völlig egal. Die örtliche Geschäftsleitung als Handlanger des Vorstands und der Aktionäre schert sich einen Dreck um Überlastungsanzeigen.

Die Gesundheit des Personals zählt nicht, selbst ein hoher Krankenstand und Burn-Outs mit folgender dauernder Arbeitsunfähigkeit werden in Kauf genommen.

Die Geschäftsform einer Aktiengesellschaft, deren oberstes Ziel eine hohe Dividende ist, passt nicht zu einer Klinik.

Ein Vorstandsvorsitzender wie S. Holzinger, der in der Presse damit prahlt, er wolle die Rhön-Kliniken auf Trab bringen, um noch höhere Gewinne zu erzielen, müsste bei der immer noch für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung verantwortlichen Landesregierung die Alarmglocken klingen lassen.

Das UKGM muss dem Rhönkonzern entzogen und wieder zurück in öffentliche Verantwortung gebracht werden!

Gernot Linhart



## Privatisierung beim Arbeitsamt: Hartz IV im Supermarkt

Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) hat sich eine neue Schikane ausgedacht. Die in den Jobcentern und Arbeitsagenturen noch vorhandenen Kassenautomaten sollen „aus Kostengründen“ abgeschafft werden. Hartz-IV-Empfänger können sich ab dem zweiten Quartal 2018 an den Kassen im Supermarkt oder in Drogerien mit Bargeld versorgen. Aber nur in „dringenden Fällen“, also wenn z.B. die Betroffenen ausnahmsweise einen Vorschuss brauchen oder sie überhaupt kein eigenes Konto haben. 2016 war das rund 400.000 Mal der

Fall, was die BA nach eigenen Angaben 3,2 Millionen Euro kostete.

Ein privater Dienstleister soll das jetzt alles günstiger machen, über die Höhe der „Kostensparnis“ schweigt die BA jedoch. Somit wurde ein weiteres Unternehmen durch Privatisierung von staatlichen Aufgaben mit Profit versorgt. Das Geschäft mit der Armut blüht in Deutschland. Die Gefühle der Betroffenen, die sich im Supermarkt ihre Almosen auszahlen lassen müssen, spielen keine Rolle. Es gibt nur eine Lösung: Hartz IV muss weg!

Rainer Grabowski

# Berechnende Falsch-Rechnungen

Die Pleite- und Pannenshow ist seit drei Jahren Geschichte, die mitverantwortliche „Landesgartenschau-GmbH“ hat sich nach bürgerlichem Recht aus dem Staub gemacht.

Vor einer detaillierten Kosten-Abrechnung für den Gießener Haushalt zieren sich die Verantwortlichen bis heute. Die Prinzipien Abrechnungswahrheit und -klarheit sind für die Stadtregierung ein Fremdwort.

Welche Kosten in welcher Höhe für die Landesgartenschau in welchen Haushalten der Stadt versteckt wurden und welche Kosten der ständige Einsatz von Gartenamt und Tiefbauamt verursacht haben, bleiben der Öffentlichkeit bis heute verborgen. Hinzu kommen auf Grund des verursachten Finanznotstands entstandene Schäden durch auf die lange Bank geschobene Arbeiten (Brücken, Schulen).

Statt der Wahrheit rechnet die Hauptverantwortliche der Stadtregierung, Bürgermeisterin Weigel-Greilich, die roten Zahlen immer weiter herunter.



**Redaktionsschluss für Januar-Echo: Mi., 27. Dez.**

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck  
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: [dkp@dkp-giessen.de](mailto:dkp@dkp-giessen.de). Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)

# Stadt schläft im Asterweg

Immer das gleiche Bild. Der Fahrradweg wird zugeparkt im Gießener Asterweg, und Fußgänger und Radler müssen halt sehen, wie sie ohne



Gefahr daran vorbei kommen. Tagsüber geht es noch, denn es finden Kontrollen der Ordnungspolizei statt, die mittlerweile Wirkung zeigen. Doch abends wird auf dem Fahrradweg rücksichtslos geparkt, da sich für die Abendstunden niemand verantwortlich fühlt. Wo bleibt hier die Verantwortlichkeit der Stadt?

M. Berger

H.A.

Mittlerweile ist sie lt. HR-Interview bei 1 Million Euro Miesen angekommen. In der Stadtregierung hofft man, dass die Gießener den Stacheldraht, den Bauzaun, die massiven Baumrodungen rund um die Teiche der Wieseeckau und besonders die Schuldenhöhe allmählich vergessen. Alleine die sinnlose Zuschüttung der Fußgängerunterführung mit Umbau der Ostanlage, um der "Bimmelbahn" freie Fahrt zu gewähren, verursachte 600.000 Euro LAGA-Kosten. Erinnert sei auch an die Besucherpleite von knapp (häufig nicht zahlenden) 500.000 Besuchern. Im Gießener Haushalt eingeplant waren nach der Machbarkeitsstudie ursprünglich über 1 Million.

Selbst nach 3 Jahren steigen die Haushaltsbelastungen durch die Blümchenshow weiter. Hessen-Mobil fordert jetzt 250.000 Euro Fördergelder zurück, die unrechtmäßig für den Chr.-Rübsamen-Steg eingesackt wurden. Offenbar sind die Rechenkünste von „Kettensägen-Gerda“ auf Grundschul-Niveau abgesunken, wenn es um ihren Verantwortungsbereich geht. Berechnende Abrechnungen!

Die Glaubwürdigkeit der Stadtregierung ist in dieser Angelegenheit schon lange abhanden gekommen.

## Berufsverbote: „Vergessene Geschichte“

Vom 16. bis 30. November wurde im Foyer des DGB-Hauses eine Ausstellung über politische Verfolgung in der BRD gezeigt. Seit dem sogenannten „Radikalerlass“ vom 18. Februar 1972 sind die Betroffenen bis heute nicht vollständig rehabilitiert.

In der begleitenden Podiumsdiskussion erläuterte Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, die Folgen insbesondere für die Mitglieder der Partei und wies darauf hin, dass die Praxis von Bespitzelungen und Sanktionen immer noch aktuell ist. Renate Bastian, selbst vom Berufsverbot Betroffene, hob die große Solidarität im In- und Ausland hervor, ohne die es nicht möglich gewesen wäre, diese schlimme Zeit zu überstehen.

Weitere Informationen gibt es unter: [www.berufsverbote-hessen.de](http://www.berufsverbote-hessen.de). (von links: Patrik Köbele, Ulf Immelt (Moderation), Renate Bastian.) Rainer Grabowski





# Die Welt verurteilt die Blockade gegen Kuba

Wieder einmal hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen (UN) fast einstimmig - 191 zu 2 - die Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba gefordert.

Die USA wurden nur noch von ihrem Komplizen Israel unterstützt. Als vor zwei Jahren die USA wieder diplomatische Beziehungen zu Kuba aufnahmen und der damalige Präsident Obama das Land besuchte, hatten viele

die Illusion, die Blockade ginge damit zu Ende.

Weit gefehlt, es gab lediglich ein paar Erleichterungen.

Die Blockade ist weit mehr als ein Embargo. Die USA greifen mit einem Gesetz weit in die Rechte anderer Länder ein und zwingen sie, gegen eigenes Recht US-Gesetze anzuwenden, sonst drohen empfindliche Strafen.

Deswegen sind zum Beispiel Transporte von und nach Kuba viel teurer als international üblich. Viele Banken verweigern finanzielle Transaktionen im Zusammenhang mit Kuba, manche Hotels nehmen keine kubanischen Gäste auf.

Das angeblich freie Internet ist von Kuba aus nur über teure und umständliche Umwege zugänglich. Der Schaden, der Kuba durch die Blockade entsteht, wird auf etwa 120 Milliarden Dollar geschätzt.

Sogar nach der letzten Katastrophe durch den Orkan Irma lockerten die USA die Blockade nicht, Hilfsgüter einschließlich Medikamente wurden zurückgehalten.

Die USA schämten sich nicht mal, Spendengelder zu beschlagnahmen. Die EU-Staaten haben in der UN für die Aufhebung der Blockade gestimmt, sie tun aber aktiv nichts dagegen. Im Gegenteil, sie dulden, dass US-Gesetze auch hier angewandt werden, obwohl das eindeutig gegen EU-Recht verstößt.

Gernot Linhart



www.jungewelt.de/testabo  
Abotelefon: 030 53 63 55 50

Sie lügen wie gedruckt.  
Wir drucken, wie sie lügen.

## Leserbrief

Rückmeldung zu der diesjährigen Tafelaktion der Firma REWE für 5 Euro „Gemeinsam Teller füllen“

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, ich lehne Ihre Tafelaktion auch in diesem Jahr kurz vor Weihnachten aus prinzipiellen Überlegungen ab.

1. Der dahinter steckende Appell an die Gutmenschen „gebt den Armen zu Weihnachten etwas von eurem Überfluss ab“, mag zwar für Sie verkaufsfördernd sein, ist aber das gesellschaftlich falsche Signal. Keine Almosen, sondern mehr einklagbare Rechte brauchen die arm Gemachten.

2. Tafeln führen seit einigen Jahren keine Nischenexistenz in der BRD mehr. Wer sie stärkt, fördert - bewusst oder unbewusst - dass die Hartz-IV-ler bzw. Menschen, welche auf Grundsicherung angewiesen sind, sich früher oder später anhören müssen: Was meckert Ihr an den Zuschüssen rum, geht doch zu Eurer Tafel um die Ecke, da bekommt Ihr für ein paar Euros zumindest Lebensmittel.

Ich hoffe sie überdenken noch einmal, ob Ihre Aktion zielführend ist. Es ist schön, dass Sie etwas für die arm Gemachten machen wollen. Da gibt es aber andere Möglichkeiten: z.B. Förderung von Organisationen, die die politischen Kräfte bekämpfen, welche systematisch weitere Bevölkerungsschichten in der BRD arm machen wollen. Martin Wagner, Gießen



## Keine Leuschner-Medaille für Roland Koch Protest am 1. Dezember in Wiesbaden

Wilhelm Leuschner war als Gewerkschafter dem Kampf für soziale Gerechtigkeit verpflichtet. Er schloss sich zudem dem Widerstand gegen den deutschen Faschismus an und wurde dafür 1944 hingerichtet. Er stand für das genaue Gegenteil von dem, wofür Roland Koch steht. Aus Sicht der Gewerkschaften ist diese Verleihung unerträglich. (...) Der Name Roland Koch ist unvergessen verbunden mit den härtesten sozialen Angriffen in der Geschichte des Landes Hessen. Frauenhäuser mussten schließen, Jugendzentren ihren Betrieb einstellen, für die Beamten wurde die 42-Stunden-Woche eingeführt, im Einzelhandel wurden die Ladenöffnungszeiten liberalisiert und Steuerfahnder zwangspsychiatrisiert. Hinzu kommt, dass Koch für die rassistische Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft steht. Er war zudem verstrickt in die Spendenaffä-

re der CDU, in der er mit dem Hinweis auf die ›Vermächtnisse verstorbener Juden‹ illegale Parteispenden zu verschleiern versuchte. Und als er im Wahlkampf 2007 die Abschiebung ›krimineller Ausländer‹ forderte, sah sich der damalige Generalsekretär des Zentralrats der Juden veranlasst, Koch die Nähe zur NPD vorzuwerfen. Die Verleihung der Leuschner-Medaille an Roland Koch ist nur das offensichtlichste Zeichen dafür, dass die Landesregierung den Kochschen Sparkurs fortsetzt. Sowohl die Politik als auch die Verleihung der Leuschner-Medaille haben darum den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften verdient. Der DGB Südosthessen ruft daher dazu auf, sich den Protesten gegen die Verleihungsfeier am 1. 12. in Wiesbaden anzuschließen.  
*(aus einer Erklärung von Ulrike Eifler, Regionsgeschäftsführerin des DGB Südosthessen)*

## 2018: Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

**Sparkasse Gießen, IBAN:**  
DE75 51350025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die  
Echo-Redaktion

## Widerstand gegen Hartz IV montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern

### Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am 14. Januar

in Berlin, um 10 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde

...Eine atomare Katastrophe ist wieder denkbar... Diejenigen, die aus Profitgründen die Welt ins Chaos stürzen, quatschen demagogisch von den Werten, die "wir - der Westen - uns nicht nehmen lassen". Ist Ausbeutung ein Wert? Sozialabbau ein Wert? Flächendeckende Überwachung ein Wert? Sind Asylpakete und Abschiebungen ein Wert? Ist Kapitalismus eine Wertegemeinschaft auch für die, die ihre Arbeitskraft zunehmend unter Wert verkaufen müssen? Und wie sollen wir die beinahe weltweiten Faschisierungstendenzen bewerten? Vor 99 Jahren wurden Rosa Luxemburg, Karl Liebkecht und viele ihrer Weggefährten für ihre Standhaftigkeit gegen Ausbeutung und Krieg von der Reaktion ermordet. Demonstrieren wir - Linke verschiedener Strömungen - am 14. Januar 2018 in ihrem Geiste friedlich für die Solidarität unter den Ausgebeuteten, wo immer sie geboren sind. Demonstrieren wir gegen Kriege und gegen Faschismus - für eine sozial gerechte, solidarische, von Ausbeutung und Unterdrückung befreite Welt. - Trotz alledem!

<http://www.ll-demo.de/>

Weitere Informationen, Mitfahrgelegenheit etc. über die Echo-Redaktion

**UZ-Sozialistische  
Wochenzeitung der DKP**  
**UZ** Woche für Woche  
antikapitalistisch!

**10 Wochen  
kostenlos testen**  
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen  
[info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de)

**DKP**  
Nachrichtenportal

**news.dkp.de**  
**www.dkp-hessen.de**  
**www.dkp-giessen.de**  
**DKP-Gießen auch bei facebook**

## Kreiskonferenz der DKP Gießen

Auf ihrer diesjährigen Kreiskonferenz befasste sich die DKP Gießen mit der Gefahr neuer – vielleicht sogar atomarer – Kriege sowie der Rechtsentwicklung in Europa und der BRD. Im Rechenschaftsbericht des Kreisvorstands beklagte Erika Beltz, dass es den Herrschenden gelungen ist, die wachsende Armut, Auswegs- und Arbeitslosigkeit nicht zu dem zentralen Thema werden zu lassen, das ihm zustehe.

Die Tatsache, dass heute 40% der Bevölkerung weniger Geld zur Verfügung habe als vor 20 Jahren, sei – nicht nur angesichts gleichzeitig wachsendem obszönen Reichtum – ein Skandal. Aber diese Schande werde nicht entsprechend thematisiert oder als „alternativlos“ hingenommen. Hingegen sei bei Gesprächen während

des Kommunal- und Bundestagswahlkampfes eine gewachsene Unzufriedenheit mit den regierenden Parteien deutlich geworden. Immerhin habe die DKP Gießen zur Absicherung ihrer Kandidatur fast 500 Unterschriften sammeln können. Bereits das Ergebnis der Kommunalwahlen, bei denen die DKP zusammen mit der Linkspartei als „Gießener Linke“ antrat, sei als Erfolg zu verbuchen, da nunmehr neben drei Abgeordneten der Linken zwei Stadtverordnete der DKP im Parlament sitzen.

Bei den Wahlen zum Kreisvorstand wurden einmütig gewählt: Erika und Michael Beltz, Rainer Grabowski, Gernot Linhart und Henning Mächerle; zum 22. Parteitag im März 2018 wurden Erika Beltz und Rainer Grabowski delegiert.